

Nicht alles für die Unis VON BERTHOLD WIGGER



Prof. Dr. Berthold Wigger lehrt Finanzwissenschaft und Public Management am Karlsruher Institut für Technologie (KIT)

Wer bei der Bildung sparen will, gerät schnell in den Verdacht, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben: Wo sonst wäre Geld zukunftssträchtiger angelegt? So hat sich auch die Bundesregierung entschlossen, trotz massiver fiskalischer Engpässe bei der Bildung nicht zu sparen.

Es stimmt auch, dass Bildungsinvestitionen eher künftige wirtschaftliche Prosperität gewährleisten als etwa Subventionen im Energiebereich oder Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger. Bei aller Bildungsbegeisterung scheint aber gelegentlich aus dem Blick zu geraten, dass nicht jede Ausgabe in die-

sem Bereich gleichermaßen einen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit des Landes leistet. Empirisch vielfach belegt sind die positiven Effekte, die öffentliche Ausgaben für die frühkindliche Bildung auf die künftige gesellschaftliche Produktivität und Innovationskraft auslösen. Für spätere Bildungsphasen gilt das weniger. Im Hochschulbereich verdrängen gar zusätzliche öffentliche Ausgaben eher private Investitionen in die Bildung, als dass sie das Produktivitätswachstum erhöhen.

Da die Früchte der Hochschulbildung im Wesentlichen den Hochschülern selbst zufließen, ist deren Anreiz, dafür Geld auszugeben, ausreichend stark. Öffentliche Mittel ersetzen nur, was ansonsten privat finanziert würde. Dieser Zusammenhang wird in Deutschland bislang nicht ausreichend beachtet. Knappe Steuermittel werden eher für späte als für frühe Bildungsphasen ausgegeben. In der Hochschulbildung lag der öffentliche Finanzierungsanteil zuletzt bei 85 Prozent, in der vorschulischen Bildung dagegen bei nur 72 Prozent. Zum Vergleich: In den USA lag der öffentliche Anteil an der Hochschulbildung bei 34 Prozent, in Großbritannien bei 66 Prozent, und selbst in Frankreich war er mit 84 Prozent geringer. Dafür lag der öffentliche Anteil an der vorschulischen Bildung in den USA bei 75 Prozent, in Großbritannien bei 93 Prozent und in Frankreich bei 96 Prozent.

Das Verhältnis von öffentlicher und privater Finanzierung der Bildung ist in Deutschland falsch ausbalanciert. Investitionen in die vorschulische Bildung führen nämlich nicht nur zu deutlich höheren gesellschaftlichen Renditen als Investitionen im späteren Lebensverlauf; im vorschulischen Bereich mangelt es zugleich deutlich stärker an privaten Bildungsinvestitionen. Besonders in bildungsfernen und einkommensschwachen Schichten werden die Chancen einer guten vorschulischen Bildung nicht ausreichend genutzt.

Das ist die Lücke, die mit öffentlichen Mitteln geschlossen werden muss. Die zusätzlichen Mittel, die der Staat jetzt für die Bildung bereitstellen will, tun das nur bedingt. So wird das geplante nationale Stipendienprogramm, mit dem in Zukunft begabte Studierende stärker als bisher gefördert werden sollen, die mangelnde Balance in der Bildungsfinanzierung eher noch verschärfen. Das Programm beseitigt keine Defizite im privaten Bildungsengagement, sondern löst vermutlich nur Mitnahmeeffekte aus. Diejenigen, die die Stipendien erhalten, würden auch ohne sie erfolgreich studieren. Im vorschulischen Bereich könnten diese Mittel mit mehr Wirkung eingesetzt werden - besonders dort, wo Kinder ohne staatliche Hilfe keine ausreichenden Voraussetzungen erhalten, um später in der Schule und im Beruf erfolgreich zu sein.

Dass man öffentliche Mittel besser fokussiert einsetzen sollte, macht schon ein einfaches Zahlenbeispiel deutlich. Gibt der Staat in Zukunft vier Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich für Bildung aus und verteilt er diese Mittel gleichmäßig auf alle Bildungsphasen, so entfallen auf jeden Bildungsteilnehmer rund 167 Euro pro Jahr. Davon sollte man besser keine messbare Wirkung erwarten. Werden die Mittel stattdessen aufgewendet für ein Viertel der Kinder im Alter von unter drei Jahren - das ist in etwa der Anteil der Kinder, die keinen ausreichenden Zugang zur Bildung erhalten - dann sind das rund 5700 Euro pro Kind. Das hätte einen Effekt.

Über den Autor

Prof. Dr. Berthold Wigger lehrt Finanzwissenschaft und Public Management am Karlsruher Institut für Technologie. Er hat kürzlich für den Bundesfinanzminister ein Gutachten über Bildungsfinanzierung mitverfasst.

Aus DIE ZEIT :: 24.06.2010